



Sehnsucht nach der Kamera

Schon als Ministerpräsident des Saarlandes hatte Peter Müller ein ausgeprägtes Gespür für populäre Themen. Müller verstand es über Jahre, sich und seinem recht kleinen Bundesland große mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen. Regelmäßig sah man den eloquenten CDU-Politiker vor Kameras und Mikrofonen stehen. Heute, als Richter am Bundesverfassungsgericht, steht Müller nicht mehr so sehr im Rampenlicht. Das Gespür für öffentlichkeitswirksame Themen hat ihn freilich nicht verlassen. Angesichts des Streits über die Platzvergabe im NSU-Prozess spricht sich der Verfassungsrichter für eine gesetzliche Regelung zur Videoübertragung in Prozessen aus, die in Deutschland bislang verboten ist. „Sicher wäre es hilfreich, wenn der Gesetzgeber hier Klarheit schaffen würde“, sagte Müller dem „Focus“.

Das Recht müsse an die moderne Medienwelt angepasst werden. Der gesellschaftliche Kontext, in dem die Regelungen ursprünglich einmal geschaffen worden seien, habe sich verändert, ist Müller überzeugt. „Wir haben heute über Medien und Internet eine andere Vermittlung von Öffentlichkeit“, sagte er.

Ob es Müller in erster Linie darum geht, wieder regelmäßig in ein Kameraobjektiv schauen zu dürfen, bleibt sein Geheimnis. str

Anschlag: Festnahmen in der Türkei

ISTANBUL. Die türkische Polizei hat nach dem Doppelanschlag in der Grenzstadt Reyhanli neun Verdächtige festgenommen. Sie seien türkische Staatsbürger, zitierten Medien den Vizeregierungschef Besir Atalay. Nach seinen Angaben haben die Beschuldigten die Tat teilweise gestanden. Beim schwersten Bombenanschlag seit Beginn des Bürgerkriegs im Nachbarland Syrien waren am Samstag in Reyhanli mindestens 46 Menschen getötet worden. Nach Angaben türkischer Regierungspolitiker führen Spuren zum Regime des syrischen Präsidenten Baschar el Assad. Die Täter sollen Kontakt zum syrischen Geheimdienst haben. Das syrische Regime weist jede Verantwortung zurück. dpa

Harmonie unter Vorbehalt

Die G7-Finanzminister loten einen Kompromiss über den Sparkurs aus - doch verbindlich ist das nicht.

- ▶ Japans extrem lockere Geldpolitik bereitet Sorgen.
- ▶ Insolvenzordnung für Banken schont Steuerzahler.

Jan Hildebrand
Aylesbury

In kleiner Runde haben die Finanzminister der sieben größten Industriestaaten versucht, ihren Streit über Sparvorgaben zu entschärfen. In der südenglischen Grafschaft Buckinghamshire diskutierten die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben größten Wirtschaftsmächte (G7) über die richtige Balance aus Haushaltskonsolidierung und Konjunkturimpulsen. Anders als noch bei der IWF-Frühjahrstagung Mitte April in Washington, bei der Teilnehmer von heftigen Auseinandersetzungen vor allem zwischen Deutschen und Amerikanern berichteten, soll es in der kleinen Runde harmonischer zugegangen sein.

Nach Monaten der Eskalation scheint den Finanzministern nun eine erste Annäherung im Dauerstreit gelungen zu sein. Und das,

obwohl noch kurz vor Beginn des Treffens beide Lager Öl ins Feuer gegossen haben. So tadelte Bundesbank-Präsident Jens Weidmann öffentlich die französische Regierung für ihren mangelnden Sparwillen. Trotzdem habe es bei dem Treffen „kein böses Blut gegeben“, sagte Weidmann. Man habe „offen und vertrauensvoll reden“ können, lobte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Schäuble war vor dem G7-Treffen in Vorleistung gegangen, als er den zweijährigen Aufschub für Frankreich und Spanien bei ihren Sparzielen billigte. Diese Nachricht bekräftigte der deutsche Finanzminister nun. „Alle sind sich einig gewesen, dass wir niemals nur eine Austeritätspolitik betrieben haben, sondern dass wir immer eine Politik für nachhaltiges Wachstum betrieben haben, die nachhaltige Finanzen voraussetzt“, sagte Schäuble. Und die Staaten könnten dabei eigene Schwerpunkte setzen. „Dass das situationsbezogen und mitgliedstaatenbezogen zum Teil unterschiedliche Lösungen erfordert, war klar“, sagte Schäuble.

ADRIAN HASLER

„In Liechtenstein gibt es keine anonymen

Der Regierungschef von Liechtenstein fordert einen internationalen Standard beim Austausch von Steuerdaten.

Herr Hasler, die Europäische Union will über den automatischen Informationsaustausch verhandeln. Ist Liechtenstein dazu bereit?

Der Trend geht klar in Richtung eines automatischen Informationsaustausches. Das ist offensichtlich. Luxemburg hat sich dazu bereiterklärt, ihn ab 2015 anzuwenden. Auch Österreich ist verhandlungsbereit, die EU steht jetzt fast geschlossen da. Und die G20 und OECD wollen den Informationsaustausch zum Weltstandard machen.

Bis der Informationsaustausch Weltstandard ist, können aber noch Jahre vergehen. So lange will die EU aber nicht warten.

Uns ist wichtig, dass ein einheitlicher internationaler Standard mit klaren und gleichwertigen Regeln gilt und umgesetzt wird. Sollte nur die EU hier voranschreiten, sind Wettbewerbsnachteile und Kapitalabflüsse in andere Teile der Welt zu befürchten. Aber als Kleinstaat wäre es unrealistisch zu sagen, dass wir uns grundsätzlich Gesprächen mit der EU über einen erweiter-



Der Steuerzahler darf nicht mehr die erste, sondern die letzte Verteidigungslinie sein.

Jens Weidmann
Bundesbankpräsident

Im Gegenzug für die neue Flexibilität sollen die Amerikaner Schäuble nicht mehr mit der Forderung gequält haben, dass Deutschland über höhere Ausgaben für mehr Wachstum in der Euro-Zone sorgen solle.

Ob die Harmonie lange hält, ist allerdings fraglich. Schließlich mussten sich die G7-Vertreter nicht auf ein schriftliches Kommuniqué einigen, das Treffen hatte informellen Charakter. So entspannt wird es in den kommenden Monaten nicht mehr. Im Juni werden sich die Finanzminister erneut treffen, dann zusammen mit den Kollegen aus den Schwellenländern zum G20-Gipfel. Und im September sollen dann die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel neue Sparvorgaben verkünden, die an die auslaufenden Toronto-Ziele anknüpfen, nach denen die Defizite eigentlich noch in diesem Jahr halbiert werden sollten.

Deutschland warb in Buckinghamshire erneut für möglichst verbindliche Vorgaben. Unterstützung bekam Schäuble von den Kanadiern. Den Gegenpol bildet US-Finanzminister Jack Lew, der

ten Informationsaustausch verweigern wollen. Wir sind gesprächsbereit. Dabei kann es aber nicht nur um die Übernahme von neuen Pflichten gehen, sondern es muss auch um die Beseitigung von steuerlichen Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen gehen.

Welche Wünsche haben Sie?

Eine aus unserer Sicht wichtige Frage ist, wie unseren Kunden eine Brücke in die Steuerehrlichkeit gebaut werden kann ...

... also wie Kunden mit bis dato un- versteuerten Vermögen den Weg in die Steuerehrlichkeit finden können. Das Modell der Abgeltungssteuer ist aber wohl tot?

Wir haben in Liechtenstein dazu zwei Varianten. Mit Österreich



Adrian Hasler: Eine Brücke in die Steuerehrlichkeit bauen.

soll dies über eine Abgeltungssteuer laufen. Mit Großbritannien praktizieren wir mit großem Erfolg ein Offenlegungsmodell.

Wie funktioniert das?

Vereinfacht gesagt sieht es vor, dass der Kunde sich gegenüber den Steuerbehörden offenlegt



Gasförderer

Die umstrittene Gewinnung Fracking könnte zum Jobmotor werden. **Seite 10**



Wahlsieger

Nawaz Sharif holt laut Prognosen die meisten Stimmen an den Urnen in Pakistan. **Seite 12**



Gruppenbild vom G7-Gipfel: Der Versuch, den Streit über Sparvorgaben zu entschärfen.

quantitative Vorgaben ablehnt. Dazwischen positionieren sich Länder wie Frankreich und Italien, die zwar verbindliche Vorgaben mittragen - aber nur, wenn sie ausreichend weit in der Zukunft liegen und man bei der Umsetzung flexibel bleiben kann.

Kritische Fragen mussten sich Japans Finanzminister und Notenbankchef beim G7-Treffen gefallen lassen. „Wir haben über Japan besonders intensiv gesprochen“, sagte Schäuble. Die ultralockere Geldpolitik, verbunden mit steigenden Staatsausgaben, bereitet den Partnern weiterhin Sorge. Während Schäuble berichtete, dass Japan seine Politik präzise erklärt und damit das Verständnis erhöht habe, soll es hinter verschlossenen Türen Skepsis gegeben haben.

Die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben Staaten kündigten an, den Kampf gegen Steu-

erhinterziehung zu intensivieren. Schäuble war dafür, innerhalb der OECD einen Standard für den Austausch von Steuerdaten zu etablieren. Der Vorschlag sei auf Zustimmung gestoßen, sagte Schäuble.

Nach den Erfahrungen mit Zypern will die G7 eine Insolvenzordnung für international systemrelevante Banken erarbeiten. Es brauche eine klare Reihenfolge bei der Haftung, forderte Schäuble. Bei einer Pleite sollen zunächst Aktionäre und dann Gläubiger wie Anleihebesitzer und Einleger herangezogen werden. „Der Steuerzahler darf nicht mehr die erste, sondern die letzte Verteidigungslinie sein“, sagte Weidmann.

men Stiftungen“

und eine vergünstigte Nachversteuerung vornimmt, ohne Strafen zu riskieren. Wir wären sehr dafür, dieses Modell in ganz Europa einzuführen. Denn das Modell bringt auch Großbritannien viel.

Was konkret?

Mittlerweile haben fast 5000 britische Kunden schon davon Gebrauch gemacht. Und weitere werden es noch tun. Die britische Regierung erwartet drei Milliarden Pfund Steuereinnahmen bis 2016 aus dem Offenlegungs-Programm.

Welche weiteren Bedingungen stellt Liechtenstein?

Es geht uns auch um die steuerliche Anerkennung unserer Vermögensstrukturen in den EU-

Staaten. Liechtensteiner Stiftungen und andere Rechtsformen sind ein wichtiges und legales Instrument zur Nachlassplanung und zur Vermögenssicherung.

Wäre das Fürstentum denn bereit, Stiftungen in den Informationsaustausch mit einzubeziehen?

Stiftungen sind jetzt schon in den steuerlichen Informationsaustausch einbezogen. Auf Anfrage ist es problemlos möglich, über die wirtschaftlichen Eigentümer Auskunft zu geben. Das ist nicht nur Theorie, sondern gelebte Praxis. Es gibt in Liechtenstein keine anonymen Stiftungen.

Das Interview führte Holger Alich in Vaduz.

Piraten hetzen zum Programm

Auf dem Bundesparteitag wurde abgestimmt, nicht diskutiert.

BERLIN. Nach Monaten im Umfragetief hat die Piratenpartei auf ihrem Parteitag am Wochenende die Flucht nach vorn angetreten. Statt lähmender Personalstreitigkeiten sollte im oberpfälzischen Neumarkt wieder die inhaltliche Arbeit in den Vordergrund treten. Zumindest in Ansätzen gelang das auch.

Mit dem „massiven Wahlprogramm Antrag“, einem aus elf Modulen bestehenden Sammelantrag, erweiterte die Partei am Samstag auf einen Schlag ihre Positionen zu etlichen Themen - von der Netztüber die Sozial- bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik. So soll in der Energiewende künftig die Wirtschaft stärker zur Kasse gebeten werden: Weniger Unternehmen sollen von der EEG-Umlage befreit

werden. Stattdessen sollen mit einem „Energiespeicherfördergesetz“ Investitionsanreize zum Aufbau dezentraler Stromspeicher geschaffen werden. Sie lehnten ab, dass die Europäische Zentralbank Staatsanleihen kriselnder Euro-Länder aufkauft. Außerdem sollen Arbeitnehmerrechte durch einen flächendeckenden Mindestlohn und eine stärkere Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit gestärkt werden.

Möglich wurde dieser Entschluss-Marathon dadurch, dass die Partei sich die inhaltliche Debatte über die Anträge versagte, was wiederum zu Protesten einiger Mitglieder führte.

Am Freitag- und Samstagabend hatte es teils tumultartige Debatten darüber gegeben, ob die Piraten

künftig auch online Parteitage abhalten. Am Sonntag konnte sich das Plenum bis Redaktionsschluss nur auf einen Minimalkonsens einigen, der zwar Beschlüsse außerhalb der Parteitage möglich macht. Doch ob die Piraten auch online abstimmen können, blieb offen.

Zu Beginn des Parteitags konnten die Freibeuter dafür einen anderen, monatelangen Streit im Bundesvorstand der Partei beenden: Der umstrittene Generalsekretär Johannes Ponader legte sein Amt nieder. An seine Stelle rückt die 26-jährige Katharina Nocun, die in Niedersachsen für den Bundestag kandidiert. Ponader hatte durch öffentliche Alleingänge den Zorn der Vorstandskollegen auf sich gezogen. jcb



Wir sind das **GE** in **GE**zielt,

weil unsere Gelenk-MRTs nur dort scannen, wo es wirklich darauf ankommt.

Anders als bei herkömmlichen MRT-Untersuchungen scannen wir Gelenkpatienten deutlich gezielter - an Armen oder Beinen. Und können so viele Gelenkuntersuchungen in Deutschland angenehmer machen - ganz ohne das bedrückende Gefühl, in eine Röhre geschoben zu werden.

Wir sorgen für Gesundheit in Deutschland: www.ge.com/de



Wir sind das **GE** in **Germany**. **GE Imagination at work**